

INTERNATIONALES PRIVATRECHT

Band II · Besonderer Teil

Begründet von

Christian v. Bar

Dr. jur., Dr. jur. h. c. mult., Professor an der Universität Osnabrück, FBA, MAE

Fortgeführt von

Peter Mankowski

Dr. jur., Professor an der Universität Hamburg

2., neu bearbeitete Auflage

2019



Zitiervorschlag: *v. Bar/Mankowski* IPR II § Rn.



www.beck.de

ISBN 9783 406 53563 5

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Der Besondere Teil ist Internationales Privatrecht „in action“. In ihm spielt die Musik des Kollisionsrechts. In ihm finden sich die Normen, die für die Kollisionsrechtsanwendung in der Praxis wie in der akademischen Ausbildung maßgebend und von überragender Bedeutung sind. Die Allgemeinen Lehren sind nur (wenn auch notwendige) vorbereitende Grundlegung für den Besonderen Teil oder genauer: die Besonderen Teile des IPR.

Die erste Auflage dieses zweiten Bandes des Großen Lehrbuchs zum IPR ist bereits 1991 erschienen. Seit damals ist mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen. Dies ist nicht nur auf einen Autorenwechsel und den Übergang des Lehrbuchs auf die nächste Wissenschaftlergeneration zurückzuführen. Vielmehr vollzog sich in diesen Jahrzehnten die Europäisierung des IPR. Mit ihr vollzog sich auf den betroffenen Gebieten ein tiefgreifender Wechsel der wichtigsten Rechtsgrundlagen. Die Familie der sogenannten Rom-Verordnungen ist ständig gewachsen und hat immer neue Mitglieder gewonnen, die immer neue Gebiete für das europäische IPR erschlossen haben. Es wäre kaum zu verantworten gewesen, in diese Entwicklung im Fluss hinein ein Großes Lehrbuch aufzulegen, das schon ein Jahr später in wesentlichen Teilen überholt und veraltet gewesen wäre. Inzwischen scheint die Entwicklung aber zu einem vorläufigen Abschluss gekommen zu sein. Der (Teil-)Kodifikationselan des europäischen IPR-Gesetzgebers scheint zumindest vorläufig befriedigt. Die meisten wichtigen Teilgebiete des IPR haben ihre jeweils eigene Rom-Verordnung. Der deutsche Gesetzgeber hat in den Lücken sekundiert, zuletzt mit Art. 8, Art. 13 III, Art. 14 und Art. 17b EGBGB. Nun kann man es wagen, ein Großes Lehrbuch vorzulegen, ohne Gefahr zu laufen, vom europäischen Gesetzgeber allzu schnell überholt zu werden. Was heute noch nicht kodifiziert ist, wird es auch in absehbarer Zukunft nicht mehr (so die vielleicht zu optimistische Hoffnung des Lehrbuchautors). Das Buch befindet sich auf dem Stand von Dezember 2018, teilweise Januar 2019.

Die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Besonderen Teile des IPR behandelt werden, wurde gegenüber der ersten Auflage vollständig geändert. Sie folgt jetzt nicht mehr der Tradition. Sie beginnt nicht mehr mit dem IPR der natürlichen Personen und dem Internationalen Familienrecht. Vielmehr sind das Internationale Schuldvertragsrecht und das IPR der außervertraglichen Schuldverhältnisse wegen ihrer praktischen Bedeutung für den grenzüberschreitenden Rechts- und Wirtschaftsverkehr an die Spitze gerückt, zumal beide eine grundsätzlich umfassende Teilkodifikation auf der europäischen Ebene vorweisen können und deshalb eine Orientierung an einer gesetzlichen Leitlinie aus einem Guss erlauben.

Für die Neuauflage zeichne ich allein verantwortlich. Von der ersten Auflage ist eigentlich kaum mehr etwas geblieben (am prominentesten der Name des Begründers auf dem Titelblatt), kaum verwunderlich, denn die übliche Halbwertszeit juristischer Veröffentlichungen beträgt heute weniger als fünf Jahre.

Der Verlag C. H. Beck in Gestalt von Dr. *Klaus Winkler* und *Hildegund Kulhanek* hat nahezu unerschöpfliche Geduld walten lassen (und lange warten müssen). Frau *Kulhanek* hat ihren Lektoratszauber entfaltet.

Meine Kollegin *Jessica Schmidt* (Bayreuth) hat § 7 ebenso freundlich wie kritisch-anregend gegengelesen. Für das Lesen der Korrekturen oder für Handreichungen bei Fußnoten und Beispielen bedanke ich mich herzlich bei meinen Hilfskräften *Lisa Dietl*, *Nicole Flügge*, *Laura Kähler*, *Svenja Langenhagen*, *Lukas Rohwoldt* und insbesondere *Charlotte Wendland*. Unschätzbare sekretarielle Unterstützung in unglaublicher Geschwindigkeit war für *Primrose Holders* eine Selbstverständlichkeit.

Hamburg, im März 2019

Peter Mankowski

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	LIX
 § 1. Internationales Schuldvertragsrecht	 1
I. Einleitung	1
II. Struktur der Rom I-VO	2
III. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom I-VO	3
IV. Rechtswahl	15
V. Objektive Anknüpfung nach Art. 4 Rom I-VO	49
VI. Verbraucherverträge	90
VII. Arbeitsverträge	133
VIII. Transportverträge	175
IX. Versicherungsverträge	188
X. Umfang des Vertragsstatuts	197
XI. Formstatut	209
XII. Abtretung	217
XIII. Legalzession	225
XIV. Aufrechnung	226
XV. Gesamtschuldnerausgleich (Art. 16 Rom I-VO)	228
XVI. Sonderanknüpfung von Eingriffsrecht	228
XVII. Ordre public (Art. 21 Rom I-VO)	253
XVIII. Rom I-VO und Kollisionsnormen des nationalen Rechts	254
XIX. Schiedsgerichte und Internationales Schuldvertragsrecht	255
XX. Vollmachtsstatut	260
 § 2. Internationales Privatrecht der außervertraglichen Schuldverhältnisse	 275
I. Einleitung	275
II. Struktur der Rom II-VO	276
III. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom II-VO	277
IV. Rechtswahl unter Art. 14 Rom II-VO	295
V. Internationales Deliktsrecht	307
VI. Internationales Bereicherungsrecht	391
VII. IPR der Geschäftsführung ohne Auftrag	403
VIII. Culpa in contrahendo	410
IX. Allgemeine Regeln für alle außervertraglichen Schuldverhältnisse	417
X. Rom II-VO und Schiedsverfahren	425
 § 3. Internationales Sachenrecht	 427
I. Einleitung	428
II. Grundsatz: Anwendung des Belegenheitsrechts (lex rei sitae)	431
III. Anerkennung, Hinnahme, Transposition und Anpassung bei dinglichen Rechten an Mobilien mit Grenzübertritt (einfacher und qualifizierter Statutenwechsel)	437
IV. Dingliche Rechte an Transportmitteln	444
V. Dingliche Rechte an res in transitu	451
VI. Kulturgüter	456
VII. Verbriefte Wertpapiere	463
VIII. Securities	465
	VII

Inhaltsübersicht

IX. Grundstücksimmissionen	471
X. Parteiautonomie (Rechtswahl)	472
XI. Umfang des Sachstatuts (Qualifikation)	479
XII. Rück- und Weiterverweisung	482
XIII. Registerverfahrensrecht	483
§ 4. Internationales Familienrecht	485
I. Einleitung	486
II. Eheschließung	487
III. Ehegüterrecht	527
IV. Allgemeine Ehewirkungen	574
V. Scheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes	593
VI. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	664
VII. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	672
VIII. Unterhalt	678
IX. Abstammung	704
X. Adoption	725
XI. Kindessorge	732
XII. Eltern-Kind-Verhältnis jenseits der Kindessorge	741
XIII. Kindesentführung	742
XIV. Unions- oder menschenrechtliches Anerkennungsprinzip?	753
XV. Bilaterale Staatsverträge	762
§ 5. Internationales Erbrecht	765
I. Einleitung	773
II. Struktur der EuErbVO	778
III. Sachlicher Anwendungsbereich der EuErbVO	779
IV. Rechtswahl unter Art. 22 EuErbVO	811
V. Objektive Anknüpfung	835
VI. Nachlassspaltung und Nachlasseinheit	856
VII. Fiskusaneignungsrecht nach erbenlosem Nachlass	860
VIII. Qualifikation	862
IX. Bestellung und Befugnisse von Nachlassverwaltern nach Art. 29 Eu- ErbVO	877
X. Testamente	879
XI. Erbverträge	883
XII. Gemeinschaftliche Testamente	896
XIII. Form von Verfügungen von Todes wegen	901
XIV. Kommorienten	911
XV. Rück- und Weiterverweisung	912
XVI. Ordre public	916
XVII. EuErbVO und Schiedsgerichte	920
XVIII. Bilaterale Spezialabkommen	921
XIX. Art. 25 EGBGB 2015	925
§ 6. IPR der natürlichen Person	927
I. Einleitung	927
II. Rechtsfähigkeit	928
III. Handlungsfähigkeit	931
IV. Geschäftsfähigkeit	931
V. Verkehrsschutz	933
VI. Kaufmanns- oder Unternehmereigenschaft	936
VII. Vorsorgevollmacht	938
VIII. Patientenverfügungen	944
IX. Betreuungsverfügungen	946

Inhaltsübersicht

X. Erwachsenenschutz	946
XI. Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft	948
XII. Geschlechtszugehörigkeit	953
XIII. Name	959
§ 7. Internationales Gesellschaftsrecht	983
I. Einleitung	989
II. Gründungs- oder Überlagerungstheorie für EU-Gesellschaften?	998
III. Gründungstheorie in Art. XXV V 2 Deutsch-amerikanischer Freund- schafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag	1022
IV. Gründungstheorie nach CETA im Verhältnis zu Kanada	1022
V. Sitztheorie für andere Drittstaatengesellschaften	1023
VI. Keine Sonderrolle für Personengesellschaften	1035
VII. Schuldvertragsrechtliche Qualifikation und Anknüpfung reiner Innen- gesellschaften ohne eigene Organisationsstruktur	1036
VIII. Umfang des Gesellschaftsstatuts	1037
IX. Sonderregime bei der SE	1074
X. „Anerkennung“ von Gesellschaften	1074
XI. Rück- und Weiterverweisung	1075
XII. Rest- und Spaltgesellschaften	1076
XIII. Stiftungen	1080
XIV. Vereine	1083
Sachverzeichnis	1085


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	LIX
 § 1. Internationales Schuldvertragsrecht	 1
I. Einleitung	1
II. Struktur der Rom I-VO	2
III. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom I-VO	3
1. Vertragliche Schuldverhältnisse	3
a) Grundsätzliches	3
b) Abgrenzungsfälle	6
2. Ausnahmereiche nach Art. 1 II Rom II-VO	6
a) Grundsätzliches	6
b) Personenstand, Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit von natürlichen Personen	7
c) Familienrechtliche oder familienrechtsähnliche Rechtsverhältnisse	7
d) Güterrechtliche Ansprüche	8
e) Testamente und Erbrecht	8
f) Verpflichtungen aus handelbaren Wertpapieren	9
g) Schieds- und Gerichtsstandsvereinbarungen	10
h) Gesellschaftsrechtliche Fragen	12
i) Vertretungsmacht	12
j) Trusts	13
k) Culpä in contrahendo	13
l) Bestimmte Versicherungsverträge	14
m) Verfahren und Beweis (Art. 1 III Rom I-VO)	14
IV. Rechtswahl	15
1. Grundsatz der Parteiautonomie	15
a) Primat der Parteiautonomie	15
b) Freiheit der Rechtswahl unter Art. 3 I 1 Rom I-VO	16
c) Kollisionsrechtliche Rechtswahl und materiellrechtliche Verweisung	18
d) Zustandekommen der Rechtswahl	18
aa) Bootstrap principle	18
bb) Bereich des Zustandekommens	19
cc) Battle of forms: Kollidierende Rechtswahlklauseln in AGB	19
dd) Kumulative Anknüpfung der Zustimmung nach Art. 10 II Rom I-VO	21
e) Wirksamkeit der Rechtswahl	21
aa) Rechtsgeschäftliche Wirksamkeit	21
bb) Inhaltliche Wirksamkeit	21
f) Form	23
2. Ausdrückliche Rechtswahl	24
a) Grundsätzliches	24
aa) Bezeichnung des gewählten Rechts	24
	XI

Inhaltsverzeichnis

bb) Platz im Vertrag	25
cc) Misslungene Rechtswahlvereinbarungen und ihre Gründe ..	25
dd) Auswahl des zu wählenden Rechts	25
b) Reichweite von Rechtswahlklauseln in einem Vertrag mit Blick auf andere Verträge	27
aa) In engem Zusammenhang stehende Verträge	27
bb) Rahmenverträge und Ausführungsverträge	27
cc) „Schwesterverträge“	27
dd) Vorangegangene Verträge	28
3. Stillschweigende Rechtswahl	28
a) Stillschweigende Rechtswahl durch Gerichtsstandsvereinbarung ..	28
aa) Grundsätzliches	28
bb) Voraussetzung einer wirksamen Prorogation	29
cc) Nichtausschließliche Gerichtsstandsvereinbarungen	30
b) Stillschweigende Rechtswahl durch Vereinbarung eines qualifiziert lokalisierten Schiedsgerichts	30
aa) Verankerung des Schiedsgerichts in einer bestimmten Rechtsordnung als Voraussetzung	30
bb) Keine Rechtswahl tragende Typen von Schiedsklauseln	31
cc) Keine Rechtswahl durch rechtsfernes Schiedsgericht oder andere Formen der ADR	31
c) Stillschweigende Rechtswahl durch Prozessverhalten	31
d) Bezugnahme auf Institute eines bestimmten Rechts	33
e) Vereinbarung eines einheitlichen Erfüllungsortes	33
f) Einbindung in Geschäftsbeziehung zwischen den Parteien oder Transaktionsstrukturen	34
aa) Geschäftsbeziehung	34
bb) Gesamttransaktion	34
g) Weitere Fälle	35
4. Teilrechtswahl	36
a) Grundsätzliches	36
b) Stillschweigende Teilrechtswahl	37
c) Teilrechtswahlvereinbarung im Vertrag bei unteilbarem Vertrag	38
d) Andere Grenzen der Teilrechtswahl	38
5. Nachträgliche Rechtswahl	39
a) Grundsätzliches	39
b) Grenzen	40
6. Mögliche Objekte einer Rechtswahl unter Art. 3 Rom I-VO	41
a) Nur Recht eines Staates, kein nicht-staatliches „Recht“	41
b) Keine Rechtswahl unter Art. 3 Rom I-VO für nicht-vertragsrechtliche Materien	42
7. Besondere Ausdrucksformen der Rechtswahl	43
a) Optionale Rechtswahlklauseln (floating choice of law clauses) ...	43
b) Gespaltene Rechtswahlklauseln	44
c) Hierarchische Rechtswahlklauseln	44
d) Versteinerungsklauseln	45
e) Stabilisierungsklauseln	45
8. Keine kollisionsrechtliche Rechtswahl bei reinem Inlandssachverhalt dank Art. 3 III Rom I-VO	46
9. Keine Derogation von Unionsrecht durch Wahl drittstaatlichen Rechts bei Binnenmarktssachverhalten dank Art. 3 IV Rom I-VO	47

Inhaltsverzeichnis

V. Objektive Anknüpfung nach Art. 4 Rom I-VO	49
1. Binnenstruktur des Art. 4 Rom I-VO	50
a) Katalogtechnik des Art. 4 I Rom I-VO und allgemeines Prinzip des Art. 4 II Rom I-VO	50
b) Gewöhnlicher Aufenthalt als zentraler Anknüpfungspunkt und Ausfüllung durch Art. 19 Rom I-VO	51
c) Ausweichklausel der engeren Verbindung in Art. 4 III Rom I-VO	52
d) Auffangklausel der engsten Verbindung in Art. 4 IV Rom I-VO	52
2. Vertragstypenkatalog des Art. 4 I Rom I-VO	52
a) Rechtssicherheit und Praktikerorientierung durch Katalogtechnik	52
b) Das Verhältnis der Katalogtatbestände zum Prinzip der charakteristischen Leistung	53
c) Katalogtatbestände als feste Anknüpfungsregeln?	54
d) Kaufverträge (Art. 4 I lit. a Rom I-VO)	54
aa) Kauf	54
bb) Begriff der Waren	55
(1) Grundsätzliches	55
(2) Schiffe und Fahrzeuge	56
(3) Geld	56
(4) Elektrizität und andere Energiequellen	56
(5) Software und andere digitalisierte Produkte	57
cc) Anwendbarkeit der CISG als vorgelagerter Schritt	57
e) Verträge über das Erbringen von Dienstleistungen (Art. 4 I lit. b Rom I-VO)	58
f) Verträge über Immobilien (Art. 4 I lit. c Rom I-VO)	61
aa) Belegenheitsanknüpfung	61
bb) Immobilienkaufverträge	61
cc) Miet- und Pachtverträge über Immobilien	61
dd) Andere Verträge mit Bezug zu Immobilien	62
g) Ergänzung für kurzfristige Mietverträge über Immobilien durch Art. 4 I lit. d Rom I-VO	62
h) Franchiseverträge (Art. 4 I lit. e Rom I-VO)	63
i) Vertriebsverträge (Art. 4 I lit. f Rom I-VO)	64
j) Versteigerungskäufe über bewegliche Sachen (Art. 4 I lit. g Rom I-VO)	66
k) Finanzverträge in multilateralen Systemen (Art. 4 I lit. h Rom I-VO)	67
3. Prinzip der charakteristischen Leistung nach Art. 4 II Rom I-VO ...	70
a) Freundlichkeit gegenüber dem Marketer	70
b) Exporteursfreundlichkeit	71
c) Angebliche Schwachpunkte des Prinzips der charakteristischen Leistung?	72
d) Identifikation der charakteristischen Leistung mit Hilfe der Faustformel „Im Zweifel nicht die Geldleistung“	73
e) Einzelne Vertragstypen unter Art. 4 II Rom I-VO	74
f) Einheitsrecht für bestimmte Vertragstypen	77
g) Umstrittene und problematische Vertragstypen, insbesondere Verträge über Immaterialgüterrechte	78
4. Gemischte Verträge	80
5. Ausweichklausel des Art. 4 III Rom I-VO	81

Inhaltsverzeichnis

a) Regel und Ausnahme	81
b) Flexibilität und Rigidität	83
c) Gefahr einer Bevorzugung der lex fori	84
d) Abwägungsvorgang	85
e) Abgrenzung zur stillschweigenden Rechtswahl	86
f) Akzessorische Anknüpfung an das Statut eines anderen Vertrages	86
6. Auffangklausel des Art. 4 IV Rom I-VO	86
7. Exkurs: Vorfeldtatbestände (Vorvertrag, Optionsvertrag, Letter of Intent, Memorandum of Understanding)	87
8. Objektive dépeçage unter Art. 4 Rom I-VO	89
VI. Verbraucherverträge	90
1. Persönlicher Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	92
a) Grundsätzliches: Gefällelage und B2C-Verträge	92
b) Abstrakter Ansatz bei der Schutzwürdigkeit	93
c) Anlage privaten Vermögens	94
d) Nur natürliche Personen	95
e) Kein Schutz für kleine, mittlere oder Mikro-Unternehmen oder Start-Ups	96
f) Anschaffung für unselbständig-berufliche Zwecke durch Arbeitnehmer	97
g) Verträge mit gemischter Zielsetzung	98
h) C2B-Verträge	101
i) C2C-Geschäfte	102
2. Sachlicher Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	102
3. Situativer Anwendungsbereich des Art. 6 Rom I-VO	103
a) „Ausrichten“ unternehmerischer Tätigkeit auf den Vertragsabschlussmarkt im Aufenthaltsstaat des Verbrauchers	103
aa) Grundsätzliches	103
bb) Gemeinsame Erklärung von Rat und Kommission	104
cc) Vertraglicher Selbstschutz des Unternehmers	105
(1) Grundsätzliches	105
(2) Geoblocking	106
dd) Internetauftritte und Kategorien von Websites	107
(1) Kriterienkatalog	107
(2) Keine Differenzierung nach Kategorie der Website	110
(3) Disclaimer	110
ee) Beweislast	111
b) Kein Erfordernis des Abschlusses spezifisch im Fernabsatz	111
c) Keine Beschränkung auf den Sitzstaat des Unternehmers vs. Ausrichtung auf den Verbraucherstaat	112
d) Auf Touristen abzielende Marketingstrategien in Touristengebieten	112
e) Kausalität zwischen ausgerichteter Tätigkeit und Vertragsschluss	113
f) Tätigkeit und Leistung	114
g) Ergänzungs-, Erweiterungs-, Änderungs- und Folgeverträge	114
h) Zurechnung von Aktivitäten Dritter	115
aa) Grundsätzliches	115
bb) Listen und Portale mit aktivem Eintragungsbemühen der Eingetragenen	116
cc) Listeneintragungen ohne aktives Bemühen der Eingetragenen	116

Inhaltsverzeichnis

dd) Zentrale Marketingagenturen und Marketingverbände	116
ee) Privatengleiche Eintragungen in reine Kommunikationsverzeichnisse	116
4. Günstigkeitsvergleich bei Rechtswahl	117
a) Günstigkeitsvergleich als Institut	117
b) Günstigkeitsvergleich im Detail	119
c) Einfluss der KlauselRL	120
d) Transparenzanforderungen	121
5. Objektive Anknüpfung	124
6. Ausnahmetatbestände im Internationalen Verbrauchervertragsrecht:	
Art. 6 IV Rom I-VO	125
a) Subventionierung der lokalen Tourismusindustrie durch Art. 6 IV lit. a Rom I-VO	126
b) Subventionierung der Beförderungsbranche durch Art. 6 IV lit. b Rom I-VO	126
aa) Art. 6 IV lit. b Rom I-VO	126
bb) Beförderergünstige Realität: Wahl des Rechts am Beförderersitz über Art. 5 II UA 2 litt. b, c Rom I-VO	127
cc) Rückausnahme für Pauschalreisen	128
c) Subventionierung der Wohnungswirtschaft durch Art. 6 IV lit. c Rom I-VO	129
d) Partielle Privilegierung der Finanzwirtschaft durch Art. 6 IV lit. d und e Rom I-VO	130
7. Form als Teilfrage	131
8. Art. 46b EGBGB	131
VII. Arbeitsverträge	133
1. Begriff des Individualarbeitsvertrags	134
a) Grundsätzliches	134
b) Arbeitnehmerähnliche Personen	137
c) Scheinselbständige	137
d) Anstellungsverträge von Organpersonen	138
e) Leitende Angestellte	140
f) Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst	141
g) Arbeitsrechtliche Aufhebungsverträge	142
2. Günstigkeitsvergleich bei Rechtswahl	143
a) Günstigkeitsvergleich als Institution	143
b) Vier Schritte	143
c) Vergleichsmaßstab	145
d) Rechtsfolgen	146
e) Günstigkeitsvergleich und ne ultra petita	146
3. Objektive Anknüpfung	147
a) Gewöhnlicher Arbeitsort	147
aa) Grundsätzliches	147
bb) Arbeitnehmer als maßgebliche Anknüpfungsperson	150
cc) Gewöhnlicher Arbeitsort und Verträge des Arbeitgebers mit Kunden	150
dd) Vorübergehende und dauerhafte Entsendung	151
ee) Doppelte Arbeitsverhältnisse: Rumpf- und Lokalarbeitsverhältnis	153
b) base-Anknüpfung	154
aa) Grundsätzliches	154
bb) Verhältnis zwischen „an dem“ und „von dem aus“	156
	XV

Inhaltsverzeichnis

cc) Konzept einer Schwerpunktsuche und Ort, „von dem aus“ Arbeit gewöhnlich verrichtet wird	157
dd) Fernfahrer	158
c) Einstellende Niederlassung	159
aa) Grundsätzliches	159
bb) Niederlassung	160
cc) Einstellen	161
d) Ausweichklausel	162
e) Seeleute	165
aa) Anwendung der base rule aus Art. 8 II 1 Var. 2 Rom I-VO?	165
bb) Anknüpfung an die Flagge bei Schifffahrt auf der Hohen See	167
cc) Abwägung zwischen Flaggenhoheit und Territorialhoheit bei Schifffahrt diesseits der Hohen See	167
dd) Seeleute jenseits der Flaggenanknüpfung	168
4. Betriebsübergang	168
5. Exkurs: Arbeitnehmerüberlassung	170
6. Exkurs: Internationales Kollektivarbeitsrecht	170
a) Internationales Tarifvertragsrecht	170
b) Internationales Betriebsverfassungsrecht	172
VIII. Transportverträge	175
1. Allgemeines	175
a) Vorrang der Transportrechtskonventionen des Internationalen Einheitsrechts	175
b) Passagierschutz in EU-Verordnungen	176
c) Verhältnis zum Internationalen Verbrauchervertragsrecht	176
2. Begriff des Transportvertrags	177
a) Güterbeförderungsverträge	177
b) Verträge mit Kern Güterbeförderung	177
c) Personenbeförderungsverträge	180
d) Speditionsverträge	180
aa) Normalbildgerechter Speditionsvertrag als Geschäftsbesorgungsvertrag sui generis	180
bb) Ausnahme: Spediteur als funktioneller Frachtführer	181
3. Rechtswahl	181
a) Rechtswahl bei Güterbeförderungsverträgen	181
b) Beschränkte Rechtswahl bei Personenbeförderungsverträgen nach Art. 5 II UAbs. 2 Rom I-VO	182
4. Objektive Anknüpfung	182
a) Objektive Anknüpfung bei Güterbeförderungsverträgen	182
b) Objektive Anknüpfung für Personenbeförderungsverträge in Art. 5 II UAbs. 1 S. 1 Rom I-VO	184
c) Ausweichklausel	186
d) Besondere Kollisionsnormen des deutschen Rechts	186
aa) Art. 6 EGHGB	186
bb) §§ 449 III; 451h III; 466 IV HGB	187
IX. Versicherungsverträge	188
1. Hintergrund	188
2. Struktur des Art. 7 Rom I-VO	189
a) Risikobelegenheit	189
b) Definition der Risikobelegenheit	189
c) Risikobelegenheit in einem Mitgliedstaat	190

Inhaltsverzeichnis

3. Rechtswahl	191
a) Freie Rechtswahl für Großrisiken	191
b) Beschränkte Rechtswahl für andere Risiken	192
c) Nationale Erweiterungen der Rechtswahlfreiheit	192
4. Objektive Anknüpfung	193
a) Großrisiken	193
b) Massenrisiken	194
5. Pflichtversicherungsverträge	194
6. Gruppenversicherungen	195
7. Rückversicherungsverträge	195
8. Versicherungsaufsichtsrecht	197
X. Umfang des Vertragsstatuts	197
1. Grundsätzliches	197
2. Vertragsschluss (Art. 10 Rom I-VO)	198
a) Bootstrap principle des Art. 10 I Rom I-VO	198
b) Zustandekommen	199
c) Rechtsgeschäftliche Wirksamkeit	200
d) Materielle Wirksamkeit	200
e) Kumulative Sonderanknüpfung des Art. 10 II Rom I-VO mit eng begrenztem Anknüpfungsgegenstand	200
3. Auslegung (Art. 12 I lit. a Rom I-VO)	202
4. Vertragserfüllung (Art. 12 I lit. b Rom I-VO)	203
5. Leistungsstörungen (Art. 12 I lit. c Rom I-VO)	204
6. Erlöschen von Verpflichtungen (Art. 12 I lit. d Var. 1 Rom I-VO) ..	206
7. Verjährung, Verfristung, Verwirkung (Art. 12 I lit. d Var. 2 Rom I-VO)	206
8. Vertragsunwirksamkeit und ihre Folgen (Art. 12 I lit. e Rom I-VO)	207
9. Drittwirkungen	207
10. Zurückbehaltungsrechte	207
11. Überlagernde Anknüpfung des Art. 12 II Rom I-VO	208
XI. Formstatut	209
1. Grundsätzliches	210
2. Qualifikation	210
a) Form in Abgrenzung zur Substanz	210
b) Form in Abgrenzung zum Verfahren	211
c) Form in Abgrenzung zu Eingriffsnormen	211
3. Anknüpfung	212
a) Vertragsstatut	212
b) Abschlussort des Vertrags	212
aa) locus regit formam actus	212
bb) Ausfüllung	213
c) Sonderregel zum Abschlussort bei Distanzverträgen	213
d) Eigene Regel für einseitige Rechtsgeschäfte mit Bezug auf Verträge	214
e) Erste Ausnahme: Verbraucherverträge	215
f) Zweite Ausnahme: Immobilienverträge	215
4. Rechtsfolgen von Formverstößen	216
5. So genannte Formleere	217
XII. Abtretung	217
1. Verpflichtungsgeschäft	218
2. Verfügungsgeschäft: Wirkung inter partes zwischen Zedent und Zessionar	218

Inhaltsverzeichnis

3. Verfügungsgeschäft: Wirkung gegen Dritte	219
4. Verhältnis zum Forderungsschuldner	225
XIII. Legalzession	225
XIV. Aufrechnung	226
XV. Gesamtschuldnerausgleich (Art. 16 Rom I-VO)	228
XVI. Sonderanknüpfung von Eingriffsrecht	228
1. Definition von Eingriffsrecht (Art. 9 I Rom I-VO)	231
2. Sonderanknüpfung von Eingriffsrecht des Forums (Art. 9 II Rom I-VO)	237
3. Begrenzung der Sonderanknüpfung forumfremder Normen auf solche aus dem Staat des Erfüllungsortes (Art. 9 III 1 Rom I-VO) ...	239
4. „kann Wirkung verliehen werden“	243
a) Wirkung verleihen = anwenden?	243
b) Richterliches Ermessen hinsichtlich Eingriffsnormen des Erfüllungsortsrechts	244
c) Kein Ermessen hinsichtlich Eingriffsnormen anderer forum- fremder Staaten als jenem des Erfüllungsortes	245
5. Ermittlung des maßgeblichen Erfüllungsortes	245
6. Keine unionsrechtliche Pflicht zur Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen anderer EU-Mitgliedstaaten aus Art. 4 III EUV	250
7. Keine Sperrwirkung des Art. 9 Rom I-VO gegenüber einer materiellrechtlichen Berücksichtigung der zur Durchsetzung von Eingriffsnormen gesetzten Fakten	251
XVII. Ordre public (Art. 21 Rom I-VO)	253
XVIII. Rom I-VO und Kollisionsnormen des nationalen Rechts	254
XIX. Schiedsgerichte und Internationales Schuldvertragsrecht	255
1. Art. 1 II lit. e Rom I-VO	255
2. Sonderrechtsentwicklung im IPR für Schiedsverfahren?	257
3. Fehlende lex fori von Schiedsgerichten?	258
XX. Vollmachtsstatut	260
1. Abgrenzung zwischen rechtsgeschäftlich erteilter und gesetzlicher Vertretungsmacht	260
2. Eigenständige Anknüpfung der Vollmacht: keine Anknüpfung an das Vertretergeschäft	260
3. Rechtswahl	262
a) Einseitige Festlegung durch den Prinzipal nach Art. 8 I 1 EGBGB	262
b) Dreiseitige Rechtswahl nach Art. 8 I 2 EGBGB	264
4. Wirkungsland	264
a) Grundsatz	264
b) Eigene Regel bei fest niedergelassenem Vertreter	265
c) Eigene Regel bei Arbeitnehmer des Prinzipals als Vertreter	266
d) Eigene Regel bei auf Dauer angelegter privater Vollmacht	267
5. Spezielle Vollmachten	268
a) Vollmacht für Immobiliengeschäfte	268
b) Vollmacht für Börsengeschäfte oder Versteigerungen	269
c) Prozessvollmacht	269
d) Kapitänsvollmacht	269
e) Prokura	270
6. Umfang des Vollmachtsstatuts	270
7. Keine Rück- oder Weiterverweisung	271
8. Form der Bevollmächtigung	271
9. Vollmacht kraft Rechtsscheins	271

Inhaltsverzeichnis

10. Stellvertretung ohne Vertretungsmacht	272
11. Eigenhaftung des Vertreters	274
§ 2. Internationales Privatrecht der außervertraglichen Schuldverhältnisse	275
I. Einleitung	275
II. Struktur der Rom II-VO	276
III. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom II-VO	277
1. Grundsätzliches: außervertragliches Schuldverhältnis	277
2. Ausgrenzung hoheitlichen Handelns	279
3. Ausnahmekatalog des Art. 1 II Rom II-VO	279
a) Grundsätzliches	279
b) Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Mediendelikte (Art. 1 II lit. g Rom II-VO)	280
c) Ausgrenzung und Abgrenzung kraft anderweitiger Qualifikation	282
d) Ausnahmen für unerlaubte Handlungen mit Bezug zu Wertpapieren oder zum Gesellschaftsrecht	283
aa) Grundsätzliches	283
bb) Prospekthaftung	284
e) Atomhaftung	288
4. Fortgelten nationalen Kollisionsrechts in den Ausnahmereichen:	
Artt. 38–42 EGBGB	288
a) Ausgangslage	288
b) Stufen im deutschen Internationalen Deliktsrecht der Artt. 40–42 EGBGB	288
c) Insbesondere: Erfolgsort bei der Verletzung von Persönlichkeitsrechten	290
d) Rück- und Weiterverweisung	294
IV. Rechtswahl unter Art. 14 Rom II-VO	295
1. Grundsätzliches	295
2. Nachträgliche Rechtswahl	297
3. Vorherige Rechtswahl	298
a) B2B-Verhältnisse	298
aa) Kommerzielle Betätigung aller Parteien	298
bb) Freies Aushandeln und AGB	300
cc) Reichweite vertraglicher Rechtswahlklauseln für außervertragliche Schuldverhältnisse	301
(1) Mit genuin vertraglichen Ansprüchen aus dem Vertrag konkurrierende deliktische Ansprüche	301
(2) Deliktische Ansprüche mit ganz eigenständigem Entstehungsgrund	302
b) B2C-Verhältnisse und Verhältnisse mit anderen nicht-kommer- ziellen Partnern	302
4. Ausdrückliche und stillschweigende Rechtswahl	303
5. Zustandekommen und rechtsgeschäftliche Wirksamkeit der Rechtswahl	303
6. Inhaltliche Wirksamkeit der Rechtswahl	304
7. Teilrechtswahl	305
8. Form der Rechtswahl	305
9. Ausnahmen bei Drittinteressen	305
10. Grenzen der Rechtswahl	306
a) Objektive Verbindungen nur zu einer Rechtsordnung und „Wahl“ eines anderen Rechts	306

Inhaltsverzeichnis

b) Objektive Verbindungen nur zu Mitgliedstaaten und „Wahl“ eines drittstaatlichen Rechts	306
c) Rechte Dritter	307
V. Internationales Deliktsrecht	307
1. Objektive Anknüpfung unter Art. 4 Rom II-VO	307
a) Grundsatz: Erfolgsortanknüpfung unter Art. 4 I Rom II-VO	307
aa) Vorrang der rechtsgüterschützenden Funktion des Deliktsrechts vor der handlungssteuernden	307
bb) Entscheidung gegen ein Ubiquitätsprinzip	307
cc) Interessen, Fairness und Voraussehbarkeit	309
dd) Diskordanzen mit dem Ubiquitätsprinzip bei der internationalen Zuständigkeit?	310
ee) Entscheidung gegen ein Herkunftslandprinzip	311
b) Lokalisierung des Erfolgsortes	312
aa) Grundsätzliches	312
bb) Ausgrenzung bloßer Folgeschäden oder indirekter Schäden	313
cc) Schäden Dritter	315
dd) Mehrere Erfolgsorte: Mosaikprinzip	315
ee) Vermögensschäden als primäre Schäden bei Vermögensdelikten	316
(1) Maßgebliches Teilvermögen des Geschädigten	317
(2) Lokalisierung von Bankkonten entsprechend Art. 2 Nr. 9 iii EulnsVO 2015	318
(3) Vermögensschaden und Eingehung von Verbindlichkeiten	320
(4) Nichtbekommen geschuldeter Vermögenswerte	321
(5) Nichtrealisierung oder Verlust von Chancen	321
ff) Ausgewählte Deliktsarten	321
gg) Delikte an Bord von Schiffen	323
hh) Delikte an Bord von oder mit Flugzeugen	323
ii) Schiffskollisionen	324
jj) Kollisionen im Luftraum	325
c) Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt unter Art. 4 II Rom II-VO	326
aa) Ratio	326
bb) Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts (Art. 23 Rom II-VO)	327
cc) Maßgebliche Personen	328
d) Ausweichklausel des Art. 4 III Rom II-VO	329
aa) Näherbeziehung	329
bb) Akzessorische Anknüpfung	330
(1) Grundsätzliches	330
(2) Herrschendes Rechtsverhältnis	331
2. Produkthaftung	332
a) Grundsätzliches	333
b) Sachlicher Anwendungsbereich	334
c) Persönlicher Anwendungsbereich	335
d) Anknüpfung	335
aa) Achtstufiges System	335
bb) Erwerb des Produkts	336
cc) Inverkehrbringen des Produkts	337
(1) Erwerb oder Marketing?	337

Inhaltsverzeichnis

(2) Rechtmäßigkeitserfordernis	337
(3) Objekt des Inverkehrbringens	338
e) Lücken im System	338
f) Andere Rechtsakte, insbesondere Haager Produkthaftungs- übereinkommen	339
3. Lauterkeitsrecht	339
a) Qualifikation	340
b) Marktortanknüpfung für marktbezogene Wettbewerbsdelikte	341
c) Ausrichtung von Werbemaßnahmen auf einen bestimmten Markt	342
aa) Potenzial der Werbung	343
bb) Sprache der Werbemaßnahme	343
cc) Angegebene Zahlungs- und Versandmodalitäten	345
dd) Zuschnitt und Marktbedeutung des Anbieters	346
ee) Charakter der beworbenen Leistung	346
ff) Inhaltliche Ausgestaltung der Werbemaßnahme	347
gg) Subjektive Momente (insbesondere Disclaimer)	348
d) Spürbarkeitsschwelle	349
e) Allgemeine internationaldeliktsrechtliche Anknüpfung für einzelunternehmensbezogene Delikte	350
f) Verbandsklage zur lauterkeitsrechtlichen Durchsetzung von Verbrauchervertragsrecht	351
4. Kartellrecht	352
a) Ausgrenzung des behördlichen Kartellrechts und Begrenzung auf das Kartellprivatrecht	352
b) Anknüpfungsgegenstand	353
c) Ausfüllung des Auswirkungsprinzips	354
d) Beeinträchtigung mehrerer Märkte	357
aa) Grundsatz: Mosaikprinzip	357
bb) Lex fori nach Art. 6 III lit. b Hs. 1 Rom II-VO	358
(1) Lex fori bei Klage am Beklagtenwohnsitz	358
(2) Lex fori bei Klage gegen mehrere Beklagte nach Art. 6 III lit. b Hs. 2 Rom II-VO	359
e) Nichtigkeitsfolge für kartellrechtswidrige Verträge	360
f) Anknüpfung unionsrechtlichen Kartellrechts	360
5. Umwelthaftung	361
a) Ubiquitätsprinzip	361
b) Erfolgsortanknüpfung	362
c) Einseitiges Optionsrecht des Geschädigten zu Gunsten des Handlungsortsrechts	363
d) Bedeutung im Ausland erteilter behördlicher Genehmigungen	364
6. Immaterialgüterrechtsverletzungen	366
a) Grundsatz: Schutzlandprinzip	366
b) Qualifikation: sachlicher Anwendungsbereich	368
aa) Rechte des geistigen Eigentums	368
bb) Bestand und Umfang: Vorfrage	369
cc) (Erste?) Rechtsinhaberschaft: Vorfrage?	369
c) Sonderregel für Restfragen bei der Verletzung von Unions- schutzrechten: lex loci delicti commissi = Handlungsort	370
d) Rechtswahlausschluss	372
e) Alternative Ideen	372
7. Arbeitskampfrecht	373

Inhaltsverzeichnis

8. Straßenverkehrsunfälle	375
9. Umfang des Deliktsstatuts (Qualifikation)	376
a) Grundsätzliches	376
b) Haftungsgrund, -umfang, -schuldner	376
c) Haftungsausschlussgründe, -beschränkung, -teilung	377
d) Schaden	378
e) Auskunfts-, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	378
f) Übertragbarkeit von Ansprüchen	379
g) Haftungsgläubiger	379
h) Haftung für andere	381
i) Erlöschen, Verjährung, Verfristung	381
j) Weitere Aspekte	382
k) Beweisfragen	382
10. Sicherheits- und Verhaltensregeln des Handlungsortes	383
11. Direktanspruch gegen den Haftpflichtversicherer	386
12. Regress, insbesondere Legalzession	390
13. Exkurs: Gesetzlicher Schuldbeitritt	390
VI. Internationales Bereicherungsrecht	391
1. Ungerechtfertigte Bereicherung für die Zwecke des IPR	391
2. Rechtswahl nach Art. 14 Rom II-VO	392
3. Akzessorische Anknüpfung	393
a) Grundsätzliches	393
b) Conductio indebiti im Umfeld eines unwirksamen Schuldvertrags: Vertragliche Qualifikation kraft Art. 12 I lit. e Rom I-VO	393
c) Akzessorische Anknüpfung im Umfeld vertraglicher oder vertragsähnlicher Schuldverhältnisse	394
d) Akzessorische Anknüpfung im Umfeld eines familienrechtlichen Verhältnisses	394
e) Akzessorische Anknüpfung im Umfeld eines Delikts	394
f) Mehrzahl potentiell herrschender Rechtsverhältnisse	395
4. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	395
5. Ort des Bereicherungseintritts	395
6. Ausweichklausel kraft Näherbeziehung	398
7. Die Einordnung der Konditionstypen des deutschen Sachrechts unter Art. 10 Rom I-VO	398
8. Bereicherungsrechtliche Mehrpersonenverhältnisse	399
9. Umfang des Bereicherungsstatuts (Qualifikation)	401
10. Sonderregel bei Bereicherung wegen Verletzung von Immaterialgüterrechten	403
VII. IPR der Geschäftsführung ohne Auftrag	403
1. Qualifikation: Geschäftsführung ohne Auftrag für die Zwecke des IPR	404
2. Rechtswahl nach Art. 14 Rom II-VO	405
3. Akzessorische Anknüpfung an das Statut eines herrschenden Rechtsverhältnisses	405
4. Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt	406
5. Ort der Geschäftsführung	407
6. Ausweichklausel kraft Näherbeziehung	409
7. Umfang des Statuts der Geschäftsführung ohne Auftrag (Qualifikation)	409
VIII. Culpa in contrahendo	410
1. Außervertragliche, nicht vertragliche oder deliktische Qualifikation	410

Inhaltsverzeichnis

2. Grundsatz: Akzessorische Anknüpfung an das Vertragsstatut nach Art. 12 I Rom II-VO	412
3. Allgemeindeliktische Auffanganknüpfung nach Art. 12 II Rom II-VO	415
a) Qualifikationsfragen	415
b) Anknüpfung	417
IX. Allgemeine Regeln für alle außervertraglichen Schuldverhältnisse	417
1. Sonderanknüpfung von Eingriffsrecht des Forums nach Art. 16 Rom II-VO	417
a) Grundsätzliches	417
b) Keine Sonderanknüpfung forumfremden Eingriffsrechts	418
c) Beispiele für Eingriffsnormen	419
2. Ordre public (Art. 26 Rom II-VO)	420
3. Renvoi-Ausschluss in Art. 24 Rom II-VO	422
4. Mehrrechtsstaaten (Art. 25 Rom II-VO)	422
5. Vorrang spezieller Kollisionsnormen in anderen EU-Rechtsakten nach Art. 27 Rom II-VO	422
6. Spezielle Kollisionsnormen in Staatsverträgen	424
7. Lückenfüllung durch Analogien zur Rom I-VO	425
X. Rom II-VO und Schiedsverfahren	425
§ 3. Internationales Sachenrecht	427
I. Einleitung	428
II. Grundsatz: Anwendung des Belegenheitsrechts (lex rei sitae)	431
1. Lex situs als Grundregel	431
2. Eigentumserwerb im Rahmen des Übergangs von Unternehmen und Sachgesamtheiten	433
3. Ausweichklausel des Art. 46 EGBGB	434
a) Grundsätzliches	434
b) Mögliche Faktoren	435
III. Anerkennung, Hinnahme, Transposition und Anpassung bei dinglichen Rechten an Mobilien mit Grenzübertritt (einfacher und qualifizierter Statutenwechsel)	437
1. Grundsatz	437
a) Abgeschlossene und nicht abgeschlossene Tatbestände	437
aa) Abgeschlossene Tatbestände und einfacher Statutenwechsel (Art. 43 II EGBGB)	438
bb) Nicht abgeschlossene Tatbestände und qualifizierter Statutenwechsel (Art. 43 III EGBGB)	438
cc) Abgrenzung	440
b) Transposition	440
c) Anpassung	441
2. Einzelne Sicherungsmittel	441
a) Einfacher Eigentumsvorbehalt	441
b) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	442
c) Erweiterter Eigentumsvorbehalt	442
d) Sicherungseigentum	442
e) Besitzloses Pfandrecht	443
f) Registerpfandrecht und Autohypothek	443
g) Sicherheiten an Unternehmen oder Sachgesamtheiten	443
IV. Dingliche Rechte an Transportmitteln	444
1. Transportmittel	444
2. Rechte	445

Inhaltsverzeichnis

3. Anknüpfung an das Herkunftsland	446
4. Gesetzliche Sicherungsrechte, insbesondere	
Schiffsgläubigerrechte	447
a) Entstehungsstatut nach Art. 45 II 1 EGBGB	447
aa) Gesetzliche Sicherungsrechte	447
bb) Anknüpfungspunkt: Statut der gesicherten Forderung	447
cc) Anknüpfungsgegenstand Entstehung (Qualifikation)	448
b) Rangstatut nach Art. 45 II 2 EGBGB	449
5. Ausdehnung des Art. 45 EGBGB auf andere Fahrzeuge,	
insbesondere Straßenfahrzeuge?	449
6. Internationales Einheits(sach)recht: Cape Town Convention samt	
Protokollen	451
V. Dingliche Rechte an res in transitu	451
1. Res in transitu	452
2. Übereignung durch Wertpapiere mit Traditionsfunktion	455
VI. Kulturgüter	456
1. Anknüpfung an die lex originis?	458
2. Öffentlich-rechtliche Überlagerung	461
VII. Verbriefte Wertpapiere	463
1. Einordnung als Wertpapier und als Order-, Inhaber- oder	
Rektapapier	463
2. Übertragung von Inhaberpapieren	464
3. Übertragung von Orderpapieren	464
4. Rechtsübertragung bei Rektapapieren	465
VIII. Securities	465
1. Grundsätzliches	466
2. Haager Übereinkommen über das auf intermediärverwahrte	
Wertpapiere anzuwendende Recht	467
3. § 17a DepotG	469
4. Richtlinie über Finanzsicherheiten	471
IX. Grundstücksimmissionen	471
X. Parteiautonomie (Rechtswahl)	472
1. Parteiautonomie nach der Reform des Internationalen Sachenrechts	
1999	472
2. Primärrechtliche Warenverkehrsfreiheit	474
3. Verkehrsinteresse	475
4. Entziehung von Haftungssubstrat	476
5. Sachrechtliches Konsensualprinzip	476
6. Gleichlauf mit Verfügungen über andere Gegenstände	477
7. Unsicherheit der objektiven Anknüpfung und Rechtssicherheit	
durch Rechtswahl	477
8. Ausgestaltung einer Rechtswahl	478
9. Indirekte Wahlfreiheit durch „Wahl“ der Sachbelegenheit	478
10. Internationaler Entscheidungseinklang	479
11. Überlagerung im Insolvenzfall	479
XI. Umfang des Sachstatuts (Qualifikation)	479
1. Dingliche Rechte	479
2. Gutgläubiger Erwerb	480
3. Vindikationsanspruch und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	481
4. Sachstatut als Einzelstatut und Gesamtstatute von	
Vermögensmassen	482
XII. Rück- und Weiterverweisung	482
XIII. Registerverfahrensrecht	483

Inhaltsverzeichnis

§ 4. Internationales Familienrecht	485
I. Einleitung	486
II. Eheschließung	487
1. Ehebegriff	489
2. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung	490
a) Grundsatz	490
aa) Distributive oder gekoppelte Anknüpfung	490
bb) Maßgeblicher Zeitpunkt	491
cc) Folgen	491
(1) Grundsätzliches	491
(2) Grundsatz des ärgeren Rechts	492
dd) Renvoi	493
b) Besondere ordre public-Klausel des Art. 13 II EGBGB	493
aa) Fehlen einer Eheschließungsvoraussetzung nach	
ausländischem Recht	494
bb) Kein Ehehindernis nach deutschem Recht	496
cc) Qualifizierter personaler Inlandsbezug (Art. 13 II Nr. 1	
EGBGB)	496
dd) Verpflichtung zu zumutbaren Beseitigungsbemühungen	
(Art. 13 II Nr. 2 EGBGB)	496
ee) Unvereinbarkeit mit der Eheschließungsfreiheit des Art. 6 I	
GG	498
ff) Rechtsfolgen	499
gg) Verhältnis zur allgemeinen ordre public-Klausel	499
c) Konsens und Eheschließungserklärung	499
d) Heiratsvormund	499
e) Geschäftsfähigkeit	500
3. Einwilligung Dritter in die Eheschließung, insbesondere	
Minderjähriger	500
4. Eheschließung unter falschem Namen	501
5. Geschlecht der Eheschließenden	501
a) Gleichgeschlechtliche Ehe	501
b) Transsexuellenproblematik	503
c) Intersexuellenproblematik	504
6. Eheschließungsalter (Ehemündigkeit)	505
a) Grundsatz	505
b) Sonderregel zur Bekämpfung von „Kinderehen“: Art. 13 III	
EGBGB	506
c) Zu hohes Heiratsmindestalter	510
7. Ehehindernisse	510
a) Kategorisierung: Einseitige und zweiseitige Ehehindernisse	510
b) Religiöse Ehehindernisse	511
c) Politische Ehehindernisse	511
d) Ehehindernisse aus Familienbeziehungen	512
aa) Verwandtschaft und Schwägerschaft	512
bb) Mehrehe: Polygamie und Bigamie	512
cc) Hinkende Ehe	516
e) Andere Ehehindernisse	517
f) Dispens von Ehehindernissen	517
8. Form der Eheschließung	518
a) Begriff der Form: Qualifikation	518
b) Bestimmung des Ortes der Eheschließung	520
c) In Deutschland geschlossene Ehe	521

Inhaltsverzeichnis

aa) Standesamtliche Eheschließung nach § 1310 BGB	521
bb) Ausnahme nach Art. 13 IV 2 EGBGB	522
d) Im Ausland geschlossene Ehe	523
aa) Ortsform	523
bb) Geschäftsform nach materiellem Eheschließungsstatut	524
e) Folgen eines Formfehlers	524
9. Rück- und Weiterverweisung	525
10. Exkurs: IPR des Verlöbnisses	525
III. Ehegüterrecht	527
1. Rechtsquellen	529
2. Anwendungsbereich der EuGüVO und Qualifikation	532
a) Ehe als Erstfrage	532
b) Weiter Güterrechtsbegriff	534
c) Abgrenzung zum Unterhaltsrecht	536
d) Abgrenzung zum Erbrecht	536
e) Abgrenzung zum Sachenrecht	537
f) Andere Ausgrenzungen aus dem Anwendungsbereich der EuGüVO	538
3. Universalität der Kollisionsnormen aus der EuGüVO	539
4. Einheit des anzuwendenden Rechts	539
5. Rechtswahl	540
a) Wahlberechtigte und Wahlzeitpunkt	541
b) Wählbare Rechte	542
aa) Umweltrecht mindestens eines Ehegatten	543
bb) Heimatrecht mindestens eines Ehegatten	543
cc) Für die Wählbarkeit maßgeblicher Zeitpunkt	543
c) Ausdrückliche oder konkludente Rechtswahl	544
d) Einigung und materielle Wirksamkeit	545
e) Wirkung	547
f) Keine Teilrechtswahl	548
g) Form	548
h) Inhaltskontrolle	550
i) Exkurs: Form einer Güterstandsvereinbarung	550
6. Objektive Anknüpfung	552
a) Unwandelbarkeitsgrundsatz	552
b) Anknüpfungsleiter (Kaskadenanknüpfung)	552
c) Aufenthaltsanknüpfung als erste Stufe	552
d) Staatsangehörigkeitsanknüpfung als zweite Stufe	555
e) Engste Verbindung als dritte Stufe und Auffangklausel	555
f) Sonderregel bei mehrfacher gemeinsamer Staatsangehörigkeit in Art. 26 II EuGüVO	556
g) Ausweichklausel in Art. 26 III EuGüVO: Engere Verbindung zum letzten gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt mit starken Zusatzvoraussetzungen	557
7. Umfang des Statuts (Qualifikation)	561
8. Schutz Dritter	562
9. Rück- und Weiterverweisung	565
10. Eingriffsnormen	565
11. Ordre public	566
12. Verhältnis zu bestehenden völkerrechtlichen Abkommen der Mitgliedstaaten mit Drittstaaten	567
13. Altfälle mit Eheschließung vor dem 29.1.2019 ohne Rechtswahl ab diesem Datum	567

Inhaltsverzeichnis

a) Rechtswahl	567
aa) Wahl des Heimats- oder des Aufenthaltsrechts nach Art. 15 II Nrn. 1, 2 EGBGB	568
bb) Wahl des Belegenheitsrecht bei Immobilien, Art. 15 II Nr. 3 EGBGB	568
(1) Grundsätzliches	568
(2) Unbewegliches Vermögen	569
(3) Wählbarkeit der jeweiligen lex rei sitae	570
cc) Form	571
b) Objektive Anknüpfung	572
c) Umfang des Ehegüterstatuts (Qualifikation)	572
IV. Allgemeine Ehwirkungen	574
1. Grundsätzliches	574
2. Qualifikation	576
3. Rechtswahl	577
a) Grundsätzliches	577
b) Rechtswahlstatbestände (Art. 14 I 2 EGBGB 2019)	578
aa) Gemeinsames Aufenthaltsrecht der Ehegatten zum Zeit- punkt der Rechtswahl (Art. 14 I 2 Nr. 1 EGBGB 2019)	578
(1) Gewöhnlicher Aufenthalt	578
(2) Gemeinsamkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	580
bb) Letztes gemeinsames, von einem Ehegatten beibehaltenes Aufenthaltsrecht zum Zeitpunkt der Rechtswahl (Art. 14 I 2 Nr. 2 EGBGB 2019)	581
cc) Heimrecht eines Ehegatten zum Zeitpunkt der Rechtswahl (Art. 14 I 2 Nr. 3 EGBGB 2019)	582
dd) Nicht vorgesehene Rechtswahlmöglichkeiten	582
c) Form der Rechtswahlvereinbarung (Art. 14 I 3, 4 EGBGB 2019 EGBGB)	582
aa) Struktur	582
bb) Ehevertragsform der lex causae oder der lex loci actus	583
cc) Ehevertragsform und abweichende Form für Rechtswahl im ausländischen Recht	584
d) Zustandekommen, Wirksamkeit und Auslegung der Rechtswahl	584
e) Keine Teilrechtswahl	585
f) Zeitliche Wirkung	585
g) Änderung und Aufhebung	585
4. Objektive Anknüpfung	586
a) (Aktueller) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt (Art. 14 II Nr. 1 EGBGB 2019)	586
b) Letzter gemeinsamer, einseitig beibehaltener gewöhnlicher Aufenthalt (Art. 14 II Nr. 2 EGBGB)	586
c) (Aktuelle) Gemeinsame Staatsangehörigkeit (Art. 14 II Nr. 3 EGBGB 2019)	587
d) Andere engste gemeinsame Verbindung (Art. 14 II Nr. 4 EGBGB 2019)	588
aa) Grundsätzliches	588
bb) Mögliche Anknüpfungspunkte	588
cc) Fallmaterial	589
dd) Fallgruppenbildung	589
(1) Gemischtnationale Ehen ohne gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt	590

Inhaltsverzeichnis

(2) Gemischtnationale Ehen mit beidseitig aufgegebenem gemeinsamem gewöhnlichem Aufenthalt	591
ee) Abzulehnende Ansätze	591
5. Rück- und Weiterverweisung	592
6. Betretungs-, Näherungs- und Kontaktverbote im Zusammenhang mit einer in Deutschland belegenen Ehewohnung (Art. 17a EGBGB 2019)	592
7. Gewaltschutz	592
V. Scheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes	593
1. Rechtsquellen	595
a) Rom III-VO als Ergebnis einer Verstärkten Zusammenarbeit	595
b) Universelle Kollisionsnormen	597
c) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	598
d) Objektive Internationalität	598
e) Verweisungsziel	599
2. Sachlicher Anwendungsbereich der Rom III-VO	599
a) Scheidung	599
aa) Abgrenzung von der Ungültigerklärung einer Ehe	600
bb) Ausgrenzung anderer Arten der Eheauflösung	600
cc) Prinzipielle Irrelevanz von Verfahrens- und Gerichtsart	600
dd) Privatscheidungen	601
ee) Kirchengerechtliche Eheaufhebungen	605
ff) Begriff der Ehe	605
b) Scheidungsvoraussetzungen	606
c) Scheidungsfolgen	607
d) Bestehen und Gültigkeit der Ehe als Vorfrage	609
e) Verfahrensfragen	610
f) Trennung ohne Auflösung des Ehebandes	611
3. Rechtswahl	611
a) Grundsätzliches	611
aa) Parteiautonomie und Parteiinteressen	612
bb) Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit	615
cc) Auslandsbezug	616
dd) Informierte Entscheidung über die Rechtswahl	617
ee) Rechtswahlobjekt	619
ff) Ausgestaltung der Rechtswahl	620
gg) Rechtswahl und sachrechtliche Gestattung	620
hh) Keine stillschweigende Rechtswahl unter Art. 5 Rom III- VO	620
ii) Rechtswahl und forum shopping	621
b) Beschränkte Rechtswahl	622
aa) Grundsätzliches	622
bb) Aktueller oder früherer, einseitig beibehaltener gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	624
cc) Heimatrecht eines Ehegatten	624
dd) lex fori	627
c) Zeitliches Verhältnis zum Scheidungsverfahren und zur Scheidung	628
d) Nachträgliche Rechtswahl	631
e) Zustandekommen und rechtsgeschäftliche Wirksamkeit	633
f) Inhaltliche Wirksamkeit	635

Inhaltsverzeichnis

g) Wirkungseintritt	636
h) Form	636
aa) Europäische Mindestform nach Art. 7 I Rom III-VO	636
bb) Strengere Formvorschriften der Mitgliedstaaten unter Beachtung des Art. 7 II-IV Rom III-VO	637
cc) Protokollierung bei Rechtswahl im Lauf eines Verfahrens	638
dd) Notarielle Beurkundung unter Art. 46e I EGBGB	639
ee) Form des § 127a BGB bei Rechtswahl in einem deutschen Scheidungsverfahren gemäß Art. 46e II 2 EGBGB	639
4. Objektive Anknüpfung	640
a) Struktur	640
b) Aufenthaltsprinzip, nicht Staatsangehörigkeitsprinzip als primäre Maxime	641
c) Aktueller gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt (Art. 8 lit. a Rom III-VO)	645
d) Früher gemeinsamer, einseitig beibehaltener gewöhnlicher Aufenthalt (Art. 8 lit. b Rom III-VO)	645
e) Aktuelle gemeinsame Staatsangehörigkeit (Art. 8 lit. c Rom III-VO)	647
f) Lex fori (Art. 8 lit. d Rom III-VO)	649
5. Umwandlung einer Trennung in eine Scheidung	651
6. Nichtanwendung ausländischen Rechts kraft Art. 13 Rom III-VO	652
7. Rekurs auf die lex fori kraft Art. 10 Rom III-VO	654
8. Allgemeiner ordre public (Art. 12 Rom III-VO)	658
9. Ausschluss von Rück- und Weiterverweisung	659
10. Rom III-VO und Schiedsverfahren	659
11. IPR des Versorgungsausgleichs	660
a) Versorgungsausgleich als sachrechtliches Institut	660
b) Qualifikationsfragen	660
c) Rechtswahl	660
d) Objektive Anknüpfung	661
12. Trennung ohne Auflösung des Ehebandes	662
VI. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	664
1. Registrierte Partnerschaften	664
a) Phänomen und Einstufung	664
b) Eingehung und Registrierung	665
c) Güterrecht	666
aa) Rechtswahl	666
bb) Objektive Anknüpfung	668
(1) Grundanknüpfung: Recht des Registrierungsstaates	668
(2) Ausweichklausel mit Antragserfordernis nach Art. 26 II EuPartVO	669
cc) Keine Rück- oder Weiterverweisung	669
d) Unterhalt	669
e) Andere Wirkungen	669
f) Auflösung und Beendigung	670
g) Anerkennungsprinzip	670
h) Rückwirkender Wegfall der Kappungsgrenze des Art. 17b IV EGBGB 2001	670
2. Gleichgeschlechtliche Ehen	671

Inhaltsverzeichnis

a) Rom III-VO und Art. 17b IV 1 aE EGBGB 2019	671
b) EuGüVO und Art. 17b IV 2 EGBGB 2019	672
c) Art. 17b IV 1, V EGBGB 2019	672
VII. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	672
1. Sachrechtliche Phänomene	673
2. Registrierte Partnerschaft als Abgrenzungspol	674
3. Qualifikation	674
4. Anknüpfung	675
a) Bei familienrechtlicher Grundqualifikation	676
b) Bei schuldrechtlicher Grundqualifikation	677
c) Unterhaltsansprüche	678
d) Beziehungen zu Kindern und Erbfragen	678
e) Beziehungen zu Dritten	678
5. Rück- und Weiterverweisung	678
VIII. Unterhalt	678
1. Rechtsquellen	680
a) Räumliche Aspekte	680
b) Intertemporale Aspekte	682
2. Qualifikation	683
3. Vorfragen	684
4. Rechtswahl	684
a) Wahl der lex fori nach Art. 7 HUP	685
aa) Wahl für die Zwecke eines bestimmten Unterhaltsverfahrens	685
bb) Griff in die Zukunft	686
cc) Form	686
b) Beschränkte Rechtswahl nach Art. 8 HUP	686
aa) Heimatrecht einer Partei	687
bb) Aufenthaltsrecht einer Partei	687
cc) Tatsächliches Güter- oder tatsächliches Scheidungsstatut	687
dd) Nicht: lex fori	688
ee) Zeitpunkt	688
ff) Form	689
gg) Inhaltskontrolle nach Art. 8 V HUP	689
hh) Rechtswahlausschluss für Unterhaltsverzicht nach Art. 8 IV HUP	692
ii) Ausschluss einer Rechtswahl zu Lasten besonders schutzbedürftiger Personen nach Art. 8 III HUP	693
5. Objektive Anknüpfung	693
a) Gewöhnlicher Aufenthalt des Unterhaltsberechtigten	693
aa) Grundsätzliches	693
bb) Unterhaltsberechtigter	694
cc) Gewöhnlicher Aufenthalt	694
b) Privilegierte Ansprüche nach Art. 4 HUP	696
aa) Kreis der privilegierten Ansprüche	696
bb) Anknüpfungskaskade unter Art. 4 II HUP	696
cc) Abweichung von Art. 3 HUP unter Art. 4 III HUP	698
dd) Weitere Anknüpfungskaskade unter Art. 4 IV HUP	699
c) Kollisionsrechtliche Einrede für Trennungs- oder Scheidungsunterhalt aus Art. 5 HUP	699
aa) Kollisionsrechtliche Einrede	700
bb) Engere Verbindung	700
d) Kollisionsrechtliche Einrede aus Art. 6 HUP	701

Inhaltsverzeichnis

6. Abänderung	701
7. Anspruchskonkurrenz	702
8. Unterhaltsregress	702
a) Unterhaltsregress Privater	702
b) Unterhaltsregress staatlicher Stellen	702
9. Rück- und Weiterverweisung	704
IX. Abstammung	704
1. Rechtspolitische Brisanz der Materie	705
2. Qualifikation	707
3. Strukturfragen der Anknüpfung	707
a) Keine Rechtswahlmöglichkeit	707
b) Günstigkeitsprinzip	708
c) Zeitpunkt der Geburt	710
aa) Grundsätzliches	710
bb) Art. 19 I 3 EGBGB und vorgeburtliche Sachverhalte	710
4. Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes nach Art. 19 I 1 EGBGB	711
5. Anknüpfung an das Heimatrecht des möglichen Elternteils nach Art. 19 I 2 EGBGB	712
6. Anknüpfung an das Ehewirkungsstatut bei verheirateter Mutter nach Art. 19 I 3 EGBGB	713
a) Grundsätzliches	713
b) Verheiratetsein der Mutter	713
c) Rechtsfolge: Verweisung auf Art. 14 II EGBGB 2019	714
d) Art. 19 I 3 Hs. 2 EGBGB	715
7. Leihmutterschaft	715
a) Phänomen	715
b) Anknüpfung der Abstammungsverhältnisse über Art. 19 EGBGB	718
aa) Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes unter Art. 19 I 1 EGBGB	718
bb) Heimatrecht der Leihmutter unter Art. 19 I 2 EGBGB für Mutterschaft der Leihmutter	718
cc) Ehewirkungsstatut einer verheirateten Leihmutter unter Art. 19 I 3 EGBGB für Mutterschaft der Leihmutter	719
dd) Heimatrechte der Wunscheltern unter Art. 19 I 2 EGBGB für Elternschaft der Wunscheltern	719
ee) Ehewirkungsstatut verheirateter Wunscheltern unter Art. 19 I 3 EGBGB für Elternschaft der Wunscheltern	719
8. Gleichgeschlechtliche Paare und Abstammung	720
a) Phänomen	720
b) Anknüpfung	720
9. Legitimation	721
10. Rück- und Weiterverweisung	722
11. Anfechtung der Abstammung (Art. 20 EGBGB)	722
12. Vorrang des Internationalen Zivilverfahrensrechts	724
X. Adoption	725
1. Haager Adoptions Übk.	725
2. Vorrang der internationalverfahrensrechtlichen Anerkennung	726
3. Grundanknüpfung im autonomen deutschen IPR durch Art. 22 EGBGB	727
a) Begriff der Adoption	727
b) Grundanknüpfung, Art. 22 I 1 EGBGB	728

Inhaltsverzeichnis

c) Adoption durch einen oder mehrere Ehegatten, Art. 22 I 2 EGBGB	728
d) Adoption durch einen Lebenspartner, Art. 22 I 3 EGBGB	729
e) Sekundärer Anwendungsbefehl	729
4. Umfang des Adoptionsstatuts	730
5. Kumulative Anknüpfung für die Zustimmung zur Adoption nach Art. 23 EGBGB	730
a) Kumulative Anknüpfung an das Heimatrecht des Kindes	730
aa) Anknüpfungsgegenstand	730
bb) Erstfrage	731
cc) Anknüpfungspunkt	731
b) Ersetzung durch deutsches Recht nach Art. 23 S. 2 EGBGB	731
6. Rück- und Weiterverweisung	732
XI. Kindessorge	732
1. Rechtsquellen	733
a) KSÜ in Nachfolge zum MSA	733
b) MSA im Verhältnis zu Vertragsstaaten nur des MSA und nicht des KSÜ	733
2. Abgrenzung zur Brüssel IIa-VO	733
3. Qualifikation	734
4. Anknüpfung	735
a) Gleichlaufprinzip und Grundsatzanknüpfung an die lex fori	735
b) Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes	736
c) Anknüpfung von Schutzmaßnahmen	737
d) Anknüpfung der elterlichen Sorge	738
5. Rück- und Weiterverweisung	741
XII. Eltern-Kind-Verhältnis jenseits der Kindessorge	741
XIII. Kindesentführung	742
1. Soziale Problemlage	742
2. Anknüpfungssystem	744
3. Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes	745
4. Sorgerecht	747
5. Rechtsfolge	747
6. Ausschlussstatbestände des Art. 13 HKÜ	748
a) Tatsächliche Nichtausübung des Sorgerechts durch den Sorgeberechtigten	748
b) Zustimmung des Sorgeberechtigten	748
c) Schwerwiegende Gefahr eines körperlichen oder seelischen Schadens für das Kind	749
d) Widersetzen des Kindes gegen die Rückgabe	752
7. Rück- und Weiterverweisung	753
XIV. Unions- oder menschenrechtliches Anerkennungsprinzip?	753
1. Grundsätzliches	754
a) Bedeutung des Art. 21 AEUV	755
b) Stabilitätsinteressen der Betroffenen und Anerkennung	757
c) Denkbare Ausgangspunkte einer Entwicklung	757
d) Menschenrechtliche Dimension unter der EMRK	759
e) Anerkennung von Rechtslagen vs. Anerkennung einzelner Rechtsakte	759
2. Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen im Besonderen	760
XV. Bilaterale Staatsverträge	762

Inhaltsverzeichnis

§ 5. Internationales Erbrecht	765
I. Einleitung	773
1. Entstehungsgeschichte der EuErbVO	773
2. Ausgewählte Hintergründe	775
3. Drittstaatenbezüge	776
4. Zeitlicher Anwendungsbereich	778
II. Struktur der EuErbVO	778
III. Sachlicher Anwendungsbereich der EuErbVO	779
1. Grundsätzliches	779
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden	782
a) Verträge zu Gunsten Dritter auf den Todesfall	782
b) Schenkungen	783
c) Weitere ausdrücklich genannte Rechtsgeschäfte	784
d) Offene Liste in Art. 1 II lit. g EuErbVO	785
e) Rechtsgeschäfte zur Abwicklung der Erbschaft	785
f) Vorweggenommene Erbfolge, insbesondere in ein Unternehmen	785
g) Testierverträge	785
h) Anpassung	785
3. Gesellschaftsrecht	786
4. Güterrecht	788
a) Güterrecht von Verhältnissen jenseits der Ehe	789
b) Qualifikation des erbrechtlichen Viertels aus § 1371 I BGB	790
c) Andere Problemfälle	794
d) Leitlinie	795
e) Anpassung	795
5. Sachenrecht	796
a) Grundsätzliches	796
b) Anpassung nach Art. 31 EuErbVO	798
c) Vindikationslegate	800
d) Dinglich wirkende Teilungsanordnungen	804
6. Trusts	804
7. Unterhaltsrecht	805
8. Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit	806
9. Personenstand, Abstammung, Familienverhältnisse und gleichgestellte Verhältnisse	807
10. Verschollenheit, Abwesenheit und Todesvermutung	807
11. Formgültigkeit mündlicher Testamente	807
12. Registereintragungen	808
13. Insolvenzrecht	811
IV. Rechtswahl unter Art. 22 EuErbVO	811
1. Grundsätzliches	811
2. Beschränkte Rechtswahl	816
a) Partei-autonomes Korrektiv zur objektiven Aufenthaltsanknüpfung	816
b) Staatsangehörigkeit	819
c) Für die Anknüpfung maßgeblicher Zeitpunkt	820
d) Nicht offen stehende Optionen für eine Rechtswahl	822
e) Schutz der Pflichtteilsberechtigten	824
f) Informationsproblem	825
3. Zustandekommen und Wirksamkeit der Rechtswahl	826
a) Zustandekommen	826

Inhaltsverzeichnis

b) Rechtsgeschäftliche Wirksamkeit	826
c) Inhaltliche Wirksamkeit	826
4. Stillschweigende Rechtswahl	828
5. Teilrechtswahl	831
6. Bedingte oder befristete Rechtswahl	832
7. Negative Rechtswahl	832
8. Form einer Rechtswahl	833
9. Änderung und Widerruf einer Rechtswahl	834
10. Kosten einer Rechtswahl vor einem Notar in Deutschland	835
V. Objektive Anknüpfung	835
1. Gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers	835
a) Grundsätzliches	835
b) Gewöhnlicher Aufenthalt	840
c) Gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers zum Zeitpunkt seines Todes	851
2. Ausweichklausel kraft Näherbeziehung	851
3. Analoge Anwendung des Art. 21 II EuErbVO als Auffangregel	855
VI. Nachlassspaltung und Nachlassseinheit	856
1. Nachlassseinheit als Grundsatz	856
2. Partielle Durchbrechung durch Art. 30 EuErbVO	857
3. Partielle Durchbrechung durch renvoi nach Art. 34 EuErbVO	859
4. Durchbrechung durch Altstaatsverträge mit Drittstaaten	860
VII. Fiskusaneignungsrecht nach erbenlosem Nachlass	860
VIII. Qualifikation	862
1. Grundsätzliches	862
2. Katalog des Art. 23 II EuErbVO	863
a) Erbfall	863
b) Berechtigte	864
aa) Erben	864
bb) Vermächtnisnehmer	865
c) Passive Erbfähigkeit	865
d) Enterbung und Erbunwürdigkeit	866
aa) Erbunwürdigkeit	866
bb) Enterbung	868
e) Übergang des Nachlasses sowie von Rechten und Pflichten	868
aa) Übergang des Nachlasses	869
bb) Annahme und Ausschlagung	870
f) Rechte der Beteiligten	871
g) Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	872
h) Pflichtteil, Noterbrecht, reservierter Nachlassteil	874
i) Ausgleichung und Anrechnung	875
j) Teilung des Nachlasses	876
3. Materien jenseits des Art. 23 II EuErbVO	876
IX. Bestellung und Befugnisse von Nachlassverwaltern nach Art. 29 EuErbVO	877
X. Testamente	879
1. Zulässigkeit und materielle Wirkungen	879
a) Eigenes Errichtungsstatut	879
b) Rechtswahl nach Art. 24 II EuErbVO	880
c) Qualifikationsfragen zur Zulässigkeit	881
d) Qualifikationsfragen zur materiellen Wirksamkeit	882

Inhaltsverzeichnis

2. Änderung und Widerruf	883
XI. Erbverträge	883
1. Begriff des Erbvertrags	884
2. Rechtswahl nach Art. 25 III EuErbVO	886
a) Grundsätzliches	886
b) Erbverträge betreffend den Nachlass einer Person	888
c) Erbverträge betreffend die Nachlässe mehrerer Personen	889
3. Erbverträge betreffend den Nachlass einer Person	890
a) Objektive Anknüpfung	890
b) Qualifikation	891
4. Erbverträge betreffend die Nachlässe mehrerer Personen	893
5. Erbverzichts- oder Pflichtteilsverzichtsverträge	895
6. Mit anderen Verträgen kombinierte Erbverträge	895
XII. Gemeinschaftliche Testamente	896
1. Erbvertrag oder eigenständige Kategorie: Art. 25 oder Art. 24 EuErbVO?	896
2. Formelle Urkundeneinheit	898
3. Rechtswahl	899
4. Verbote gemeinschaftlicher Testamente	899
5. Änderung und Widerruf	901
XIII. Form von Verfügungen von Todes wegen	901
1. Verhältnis von Art. 27 EuErbVO und HTestFormÜbk	901
2. Alternative Anknüpfung	903
a) Art. 1 I HTestFormÜbk	904
aa) Errichtungsort der letztwilligen Verfügung	904
bb) Heimatrecht des Erblassers	905
cc) Wohnsitzrecht des Erblassers	905
dd) Aufenthaltsrecht des Erblassers	906
ee) Belegenheitsrecht von unbeweglichem Vermögen	906
b) Art. 27 I 1 EuErbVO	907
3. Form von Änderung oder Widerruf	907
4. Gemeinschaftliche Testamente	908
5. Formunwirksamkeit	908
6. Form einer Annahme-, Ausschlagungs- oder Haftungsbegrenzungs- erklärung	908
7. Qualifikation	910
XIV. Kommorienten	911
XV. Rück- und Weiterverweisung	912
1. Renvoi gemäß Art. 34 I EuErbVO bei Verweisung auf drittstaatliches Recht und Zurückverweisung auf das Recht eines Mitgliedstaates	912
2. Ausnahmen nach Art. 34 II EuErbVO	915
3. Fazit	916
XVI. Ordre public	916
1. Grundsätzliches	916
2. Islamisch geprägte Erbstatute	917
3. Pflichtteilsberechtigungen	919
XVII. EuErbVO und Schiedsgerichte	920
XVIII. Bilaterale Spezialabkommen	921
1. Türkisch-Deutscher Konsularvertrag mit Nachlassabkommen	922
2. Bilaterale Verträge mit Persien (heute Iran) und der Sowjetunion (heute Russland)	923
3. Sachliche Konfliktlinien mit den Wertungen der EuErbVO	924

Inhaltsverzeichnis

XIX. Art. 25 EGBGB 2015	925
§ 6. IPR der natürlichen Person	927
I. Einleitung	927
II. Rechtsfähigkeit	928
1. Anknüpfung	928
2. Qualifikation	928
a) Beginn der Rechtsfähigkeit	928
b) Ende der Rechtsfähigkeit	929
aa) Tod und Verschollenheit	929
bb) Andere Tatbestände	930
c) Beschränkungen und Umfang der Rechtsfähigkeit	930
III. Handlungsfähigkeit	931
IV. Geschäftsfähigkeit	931
V. Verkehrsschutz	933
1. Verkehrsschutz bei Verträgen gegenüber Rechts-, Geschäfts- oder Handlungsunfähigkeit natürlicher Personen nach anderem Recht als jenem des Abschlussortes	933
a) Verkehrsschutz durch Art. 13 Rom I-VO	933
b) Verkehrsschutz durch Art. 12 EGBGB	933
c) Verkehrsschutz gegenüber Gesellschaften	934
2. Verkehrsschutz gegenüber ausländischen Güterständen	935
3. Verkehrsschutz gegenüber ausländischem Ehwirkungsstatut	936
VI. Kaufmanns- oder Unternehmereigenschaft	936
VII. Vorsorgevollmacht	938
1. Grundsätzliches	938
2. Objektive Anknüpfung nach Art. 15 I ErwSÜ	940
3. Rechtswahl nach Art. 15 II ErwSÜ	940
4. Recht des Wirkungslandes für die Vollmachtausübung nach Art. 15 III ErwSÜ	941
5. Überlagerung durch lex fori zuständiger Behörde nach Art. 16 ErwSÜ	942
6. Verkehrsschutz	942
7. Form der Vorsorgevollmacht	943
8. Autonomes deutsches IPR	943
VIII. Patientenverfügungen	944
1. Grundsätzliches	944
2. Patientenverfügungen und Ärzte	944
3. Patientenverfügungen und Betreuer	945
4. Form	945
5. Geschäftsfähigkeit	945
IX. Betreuungsverfügungen	946
X. Erwachsenenschutz	946
1. Anwendungsbereich des ErwSÜ	946
2. Lex fori-Prinzip unter Art. 13 I ErwSÜ	946
3. Anwendung oder Berücksichtigung eines eng verbundenen Rechts unter Art. 13 II ErwSÜ	947
4. Durchführung in einem Vertragsstaat des ErwSÜ getroffener Maßnahmen in einem anderen Vertragsstaat	947
5. Keine Rück- und Weiterverweisung unter dem ErwSÜ	948
XI. Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft	948
1. Terminologie und Qualifikation	948
a) Grundsätzliches	948

Inhaltsverzeichnis

b) Vormundschaft	949
c) Betreuung	950
d) Pflegschaft	950
e) ex lege-Verhältnisse	950
2. Anknüpfung	951
a) Grundanknüpfung nach Art. 24 I 1 EGBGB	951
b) Sonderregel für Pflegschaft für unbekannte Beteiligte und Pflegschaft für Beteiligte im Ausland in Art. 24 II EGBGB	951
c) Lex fori für vorläufige Maßregeln kraft Art. 24 III Var. 1 EGBGB	952
d) Lex fori für Inhalt einer gerichtlich angeordneten Vormund- schaft, Pflegschaft oder Betreuung kraft Art. 24 III Var. 2 EGBGB	952
e) Rück- und Weiterverweisung	952
3. Einseitige Kollisionsnorm für die Beistandschaft in § 1717 BGB	953
XII. Geschlechtszugehörigkeit	953
1. Ausgangspunkt	953
2. Transsexuelle	954
3. Transgender	956
4. Intersexuelle	957
5. Reformüberlegungen	958
XIII. Name	959
1. Grundsatz	960
a) Heimatrecht des Namensträgers	960
b) Zeitpunkt und Statutenwechsel	960
c) Renvoi	961
2. Rechtswahl beim Ehenamen	961
a) Grundsätzliches	961
b) Wählbare Rechte	962
c) Ausübung	963
d) Zeitpunkt der Rechtswahl	963
e) Wiederholte oder neue Wahl	963
f) Form der Rechtswahl	964
g) Wirkung der Rechtswahl	964
aa) Wirkung für den Ehenamen	964
bb) Wirkung für den Namen eines Kindes	965
3. Rechtswahl beim Kindesnamen	965
a) Grundsätzliches	965
b) Wählbare Rechte	966
c) Zeitpunkt der Rechtswahl	967
d) Form der Rechtswahl	968
e) Wirkung der Rechtswahl	968
4. Rück- und Weiterverweisung	969
5. Anpassung (Art. 47 EGBGB)	969
6. In anderen EU-Staaten erworbener Name	970
a) Vorgaben des EU-Primärrechts	970
b) Bedeutung des Art. 48 EGBGB	974
aa) Sachrechtliches Namenswahlrecht, nicht kollisionsrechtliches Rechtswahlrecht	974
bb) Namensregistrierung in einem anderen EU-Mitglied- staat	974

Inhaltsverzeichnis

cc) Namensserwerb in einem anderen EU-Mitgliedstaat	974
dd) Gewöhnlicher Aufenthalt im Registrierungsstaat als (unionsrechtswidriges) einengendes Erfordernis	975
c) Unrechtmäßig eingetragene Namen	976
7. Umfang des Namensstatuts	977
a) Namensserwerb, Namensführung und Schreibweise	977
b) Vor-, Familien-, Mittel-, Vaternamen	977
c) Künstlername, Aliasname, Pseudonym	978
d) Namenszusätze	978
e) Adelstitel	979
f) Akademische Grade	980
g) Namensschutz	981
§ 7. Internationales Gesellschaftsrecht	983
I. Einleitung	989
1. Der große Theorienstreit: Sitztheorie vs. Gründungstheorie	989
2. Fehlen einer Kodifizierung	990
a) EU	990
b) Deutschland	992
c) Umblick	994
3. Der EuGH als Quasi-Ersatzgeber: die primärrechtliche Niederlassungsfreiheit	994
II. Gründungs- oder Überlagerungstheorie für EU-Gesellschaften?	998
1. Von Daily Mail über Centros, Überseering, Inspire Art, SEVIC, Cartesio und National Grid Indus zu VALE, Kornhaas und Polbud	998
a) Daily Mail (1988)	998
b) Centros (1999)	1000
c) Überseering (2001)	1000
d) Inspire Art (2003)	1000
e) de Lasteyrie du Saillant (2004)	1001
f) SEVIC (2005)	1001
g) Cadbury Schweppes (2006)	1002
h) Cartesio (2008)	1002
i) National Grid Indus (2011)	1003
j) VALE (2012)	1004
k) Kornhaas (2015)	1006
l) Euro Park (2017)	1008
m) Polbud (2017)	1009
n) (Vorläufiges) Fazit	1012
2. Gründungstheorie oder Überlagerungstheorie?	1014
a) Gründungstheorie	1014
aa) Grundsatz	1014
bb) Anknüpfungspunkt	1015
b) Überlagerung durch Rechtsnormen des Staates des effektiven Verwaltungssitzes	1016
aa) Grundsatz	1016
bb) Strenge primärrechtliche Kontrolle	1016
c) Rechtserwerb durch EU-Auslandsgesellschaften	1019
3. Wichtige Konsequenzen	1020
a) Grenzüberschreitende Sitzverlegung	1020
aa) Grenzüberschreitende Verlegung des Verwaltungssitzes	1020
bb) Grenzüberschreitende Verlegung des Satzungssitzes	1020

Inhaltsverzeichnis

b) Grenzüberschreitende Umwandlung und grenzüberschreitender Formwechsel	1021
4. Ausdehnung des Ansatzes für EU-Gesellschaften auf EWR-Gesellschaften	1021
III. Gründungstheorie in Art. XXV V 2 Deutsch-amerikanischer Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag	1022
IV. Gründungstheorie nach CETA im Verhältnis zu Kanada	1022
V. Sitztheorie für andere Drittstaatengesellschaften	1023
1. Schutzzweck der Sitztheorie	1023
2. Einheitliches Kollisionsrecht oder Differenzierung nach Schutzzwecken?	1025
3. Gründungstheorie kraft Meistbegünstigung?	1029
4. Gründungstheorie kraft Investitionsschutzabkommen?	1029
5. In Überseegebieten von EU-Mitgliedstaaten gegründete Gesellschaften	1030
6. Effektiver Verwaltungssitz	1030
7. Rechtsfolgen der Sitztheorie	1033
VI. Keine Sonderrolle für Personengesellschaften	1035
VII. Schuldvertragsrechtliche Qualifikation und Anknüpfung reiner Innengesellschaften ohne eigene Organisationsstruktur	1036
VIII. Umfang des Gesellschaftsstatuts	1037
1. Grundsätzliches	1037
a) Autonome Qualifikation und ihre unionsrechtlichen Grenzen	1037
b) Begriff der Gesellschaft	1039
2. Gründung	1040
a) Gründungserfordernisse	1040
b) Gründungsvorvertrag und Vorgesellschaft	1041
3. Rechtsfähigkeit	1041
a) (Allgemeine) Rechtsfähigkeit als solche	1041
b) Verkehrsschutz	1042
c) Deliktsfähigkeit	1042
d) Aktive und passive Beteiligungsfähigkeit	1042
e) Parteifähigkeit im Prozess	1043
f) Prozessfähigkeit im Prozess	1043
4. Organstruktur und organschaftliche Vertretungsmacht	1043
5. Kapitalstruktur	1046
6. Haftung	1046
a) Innenhaftung der Gesellschafter	1046
b) Außenhaftung der Gesellschafter	1047
c) Innenhaftung der Organpersonen	1047
d) Außenhaftung der Organpersonen	1048
7. Rechte und Pflichten der Gesellschafter	1049
8. Name und Firma	1049
9. Unternehmerische Mitbestimmung	1050
10. Rechnungslegung	1052
11. Beendigung und Abwicklung	1053
12. Formfragen	1053
a) Anknüpfung	1053
b) Auslandsabschluss bei deutschem Gesellschaftsstatut	1054
aa) Substitution bei Beurkundung durch ausländische Notare	1055
bb) § 15 III und IV 1 GmbHG als Eingriffsnormen?	1056

Inhaltsverzeichnis

c) Inlandsabschluss bei ausländischem Gesellschaftsstatut	1057
d) Elektronische „Beurkundungen“	1057
13. Abgrenzung zwischen Gesellschaftsstatut und Insolvenzstatut	1058
a) Qualifikationsvorrang der EuInsVO 2015	1058
b) Insolvenzfähigkeit	1058
c) Insolvenzantragspflicht	1058
d) Insolvenzverschleppungshaftung	1059
e) Organstruktur nach Insolvenzeröffnung	1060
f) Gesellschafterdarlehen	1060
g) Existenzvernichtungshaftung	1060
14. Konzerne und Unternehmensgruppen	1060
a) Konzernstatut	1060
aa) Unterordnungskonzern	1060
bb) Gleichordnungskonzern	1062
b) Cash pooling	1062
c) Konzernbetriebsrat	1062
15. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	1063
16. Umwandlung (Rechtsformwechsel)	1064
17. Verschmelzung	1066
18. Spaltung	1067
19. Kapitalmarktrecht	1068
a) Wertpapierübernahmerecht	1068
b) Wertpapierhandelsrecht	1068
c) Prospekthaftung	1070
d) Börsenaufsichtsrecht	1070
e) Kapitalmarktaufsichtsrecht	1071
f) Fremdkapitalaufnahme durch Anleihen	1071
20. Ehegatten(innen)gesellschaft	1071
21. Rechtsnachfolge von Todes wegen in Gesellschaftsanteile	1072
22. Schuldrechtliche Nebenabreden	1073
IX. Sonderregime bei der SE	1074
X. „Anerkennung“ von Gesellschaften	1074
XI. Rück- und Weiterverweisung	1075
XII. Rest- und Spaltgesellschaften	1076
1. Definitionen der Phänomene	1076
2. Doktrin der Restgesellschaft, insbesondere am Beispiel der „deutschen“ Limiteds	1077
3. Spaltgesellschaft als Phänomen mit bestimmtem historischen Ursprung	1080
XIII. Stiftungen	1080
1. Analogie zum Internationalen Gesellschaftsrecht	1080
2. Umfang des Stiftungstatuts (Qualifikation)	1082
3. Stiftungsaufsicht	1082
XIV. Vereine	1083
1. Analogie zum Internationalen Gesellschaftsrecht	1083
2. Umfang des Vereinsstatuts (Qualifikation)	1083
Sachverzeichnis	1085